

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
GEGEN DIE IRREFUEHRENDE BAUERN-INITIATIVE

Presseausschuss, Postfach 1161, 3001 Bern; Tel. 031 44'58'94

An die Medien der deutschen
und rätoromanischen Schweiz

Bern, 2. Mai 1989

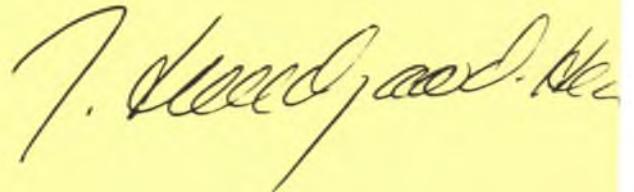
Sehr geehrte Damen und Herren

Im heutigen Pressedienst stellen wir Ihnen vier Artikel zur Verfügung, welche die sogenannte Kleinbauern-Initiative kritisch unter die Lupe nehmen. SVP-Nationalrat Willi Neuenschwander/ZH beleuchtet die Initiative und besonders das Engagement des Grossverteilers Denner aus Sicht des Gewerbes, FDP-Nationalrat Karl Tschuppert/LU weist darauf hin, dass die Initiative weder für die naturnahe Produktion noch für die Kleinbauern etwas bringt. Alois Senti prangert die Diskrepanz zwischen Titel und Text an, während Christian Beusch feststellt, dass die Initiative in vielen Bereichen offene Türen einrennt.

Wir möchten Sie schon heute auf die Pressekonferenz des Aktionskomitees gegen die irreführende Bauern-Initiative hinweisen. Sie findet statt am 22. Mai, 09.00 Uhr, im Casino in Bern. Eine detaillierte Einladung folgt.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Presseausschuss



Beilagen: erwähnt

Kleinbauerninitiative:

Denner nicht auf den Leim kriechen!

Von Nationalrat Willi Neuenschwander, Präsident des Zürcher Kantonalen Gewerbeverbandes

Immer wenn Denner-Chef Karl Schweri als Volksbeglucker auftritt, sind Vorsicht und Misstrauen am Platze. An dieser Vorsicht und auch an politischem Fingerspitzengefühl liessen es die Urheber der Initiative, die Kleinbauernvereinigung (VKMB) und die Union des producteurs suisses (UPS) fehlen, als sie bei der Lancierung ihres Volksbegehrens die zweifelhafte Hilfe - genauer gesagt: die finanzielle und infrastrukturelle Unterstützung - des Denner-Unternehmers in Anspruch nahmen. Hintennach, aber zu spät, haben sie den Pferdefuss erkannt, der unter dem schönen Mäntelchen der Initiative mit ihrem wohlklingenden, aber irreführenden Titel hervorguckt; die UPS hat sich bereits von ihrem eigenen Kinde distanziert.

Entschiedenenes Nein des Gewerbes

Eigentlich müsste der schweizerische Gewerbebestand für die kleinen und mittleren Landwirte und für die Bergbauern Verständnis haben, gibt es doch zwischen den beiden Gruppen allerhand Gemeinsames: Kleinstrukturen und echte Familienbetriebe, die als Kitt im sozialpolitischen Gefüge unseres Landes wirken, gibt es hier wie dort. Und den täglichen Ueberlebenskampf, in dem nur derjenige oben bleibt, der Leistungswille und Erneuerungsbereitschaft zeigt, kennen sowohl die Gewerbetreibenden als auch die Klein- und Bergbauern. Wenn das

Gewerbe dennoch die Initiative strikte ablehnt, dann geschieht dies nicht aus mangelnder Solidarität mit einem ähnlich strukturierten Berufsstand und nicht aus fehlendem Verständnis für die Anliegen der kleinen und mittleren Bauern, sondern schlicht deshalb, weil das Begehren, würde es verwirklicht, genau diesen Bauern schadet und einzig demjenigen nützt, auf dessen Karren sie leichtsinnig aufgesessen sind: Denner. Man wird begreifen, dass das Gewerbe da nicht mitmachen kann.

Scheinheiliger Vorwand für höhere Importanteile

Was die Initiative mit schönklingenden Schälmeientönen verspricht - "Für naturnahes Bauern - gegen Tierfabriken" - entpuppt sich beim genauen Lesen des Textes, in welchem diese Begriffe überhaupt nicht mehr vorkommen, als knallhartes Geschäftsinteresse Denners. Als einziges Beispiel, das zur Ablehnung der Initiative schon vollauf genügt, sei das vorgeschlagene neue Importsystem genannt: Die Idee, bei der Einfuhr von Landwirtschaftsprodukten eine bestimmte Menge von vergleichbaren inländischen Produkten (und nur aus Familienbetrieben) übernehmen zu müssen, mag an sich bestechen. In Tat und Wahrheit spielt dieses System aber gerade dort nicht, wo es unseren Kleinbauern allenfalls noch nützen könnte, nämlich bei Milchprodukten und bei Fleisch, zwei Hauptpfeilern der schweizerischen Agrarwirtschaft. Denn an Milchprodukten decken wir den Eigenbedarf bereits zu 111 Prozent (!) und an Fleisch zu 91 Prozent, so dass es ja praktisch gar keine Importe und demzufolge auch keine Ersatzzahlungen an die Bauern gibt. Bei Eiern, Geflügel und Wein, um deren Importanteilerhöhung es Denner in egoistischer Weise allein geht,

mag das System vielleicht zum Zuge kommen, aber für die Klein- und Mittelbauern gesamthaft so marginal, dass von einer echten agrarwirtschaftlichen Hilfe nicht gesprochen werden kann. Wer, wie Denner, die Initiative unter der Flagge der "Hilfe an die Kleinbauern" segeln lässt, begeht einen politischen Betrug; das haben inzwischen nicht nur viele Parteien und der Gewerbeverband gemerkt, sondern ein Teil der Initianten selbst.

Das schweizerische Gewerbe vermag der Kleinbauerninitiative, die in Wirklichkeit eine verkappte Denner-Begünstigung darstellt, nicht einen einzigen guten Faden abzugewinnen. Es hofft, dass eine grosse Mehrheit der Stimmbevölkerung mit ihm einig geht und dem Volksbegehren am 4. Juni die verdiente Abfuhr erteilt.

* * * * *

WEDER FUER NATURNAHES BAUERN NOCH KLEINBAUERN

Deshalb Nein zur sogenannten Kleinbauern-Initiative

von FDP-Nationalrat Karl Tschuppert, Landwirt, Ettiswil (LU)

Am kommenden 4. Juni gelangt die Initiative "für ein naturnahes Bauern - gegen Tierfabriken", die sogenannte Kleinbauern-Initiative, zur Abstimmung. Ausser im Titel ist im Initiativtext allerdings weder für naturnahes Bauern, noch für die Kleinbauern etwas enthalten. Aus diesem Grund haben denn Bundesrat und eidgenössische Räte dem Volksbegehren eine deutliche Abfuhr erteilt.

Die Initiative wirkt, wie ihr Titel auch, auf den ersten Blick sympathisch. Und es ist nicht zu bestreiten, dass das Volksbegehren zum Teil Anliegen anvisiert, denen durchaus Verständnis entgegengebracht werden kann. Deshalb bin ich persönlich für einen Gegenvorschlag zur Initiative eingetreten, der die (wenigen) positiven und unterstützenswerten Begehren aufnimmt. Doch fand der Gedanke eines Gegenvorschlages weder beim Bundesrat noch in den beiden Kammern der eidgenössischen Räte Unterstützung. Zum Entscheid steht heute deshalb alleine die Initiative an - und diese ist klar abzulehnen.

Falscher Weg

Der mit der Initiative vorgeschlagene Weg zur Aenderung der helvetischen Landwirtschaftspolitik weist in die falsche Richtung. Denn die Realisierung der Begehren bringt neue Probleme, die kaum lösbar sind. Insbesondere ist der bäuerliche Betrieb in der Initiative in einer Form definiert, die auf die tatsächlichen schweizerischen Verhältnisse im Agrarbereich keine Rücksicht nimmt.

Eine weitere Fussangel in der Initiative ist die geforderte völlige Umkrepelung des heutigen Agrarschutzes. Ein solcher

Schritt liegt nicht, wie die Anhänger der Initiative behaupten, im Interesse der einheimischen Landwirtschaft, sondern in jenem der Lebensmittel-Grossverteiler. Denn diese könnten nach einem Abbau der Schutzbarrieren an der Grenze bestimmte Agrarprodukte billiger importieren, wodurch die schweizerischen Produzenten in eine schwierige Lage manövriert würden. Aus diesem Grunde wird verständlich, weshalb der Denner-Konzern mit einer millionenschweren Kampagne hinter der Initiative steht.

Landwirtschaftsprobleme lösen - aber nicht so

Es wird von kaum einer Seite bestritten, dass in der schweizerischen Landwirtschaftspolitik nicht alles "rund" läuft. Allerdings hat bis heute noch niemand ein Patentrezept dafür geliefert, wie die anstehenden Probleme gelöst werden können. Denn es müssen zuviele Elemente - topografische und klimatische Gegebenheiten, unterschiedliche Betriebsstrukturen und -grössen, andere Gesteigungs- und Lebenshaltungskosten als im Ausland etc. - berücksichtigt werden, weshalb sich die schweizerische Landwirtschaftspolitik nicht einfach gestalten lässt.

Unser Landwirtschaftsminister, Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz, ist um seine Aufgabe wahrlich nicht zu beneiden. Seit er das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) übernommen hat, ist jedoch ein neuer Wind unverkennbar - auch im Interesse unserer Bauernsame, was ich als aktiver Landwirt bestätigen kann.

Nicht so schlecht

Andererseits ist ebenfalls festzuhalten, dass unsere Landwirtschaftspolitik nicht so schlecht ist, wie sie ab und zu - und jetzt besonders im Vorfeld der Abstimmung über die sogenannte Kleinbauern-Initiative - dargestellt wird. Die bestehenden Probleme sind zu lösen. Die sogenannte Kleinbauern-Initiative weist aber den Weg in die falsche Richtung - und bringt weder etwas für naturnahes Bauern noch die Kleinbauern. Sie ist deshalb am 4. Juni abzulehnen.

Wenn ein Titel zuviel verspricht

Am 4. Juni kommt die 1985 von der Vereinigung zum Schutz der kleinen und mittleren Bauern (VKMB) zusammen mit der Firma Denner AG eingereichte "Volksinitiative für ein naturnahes Bauern - gegen Tierfabriken" zur Abstimmung. Nichtbäuerlich bewirtschaftete Betriebe sollen nach dem Willen der Initianten den bisherigen Agrarschutz verlieren. Gleichzeitig möchte man die heutige Ordnung im Aussenhandel mit Agrarprodukten durch ein neues Leistungssystem ersetzen. Durchaus achtbare, aber schwer zu realisierende Ziele. Bundesrat und Parlament lehnen die Vorlage daher ab und empfehlen dem Stimmbürger ein Nein.

Genau das Gegenteil würde eintreten

Vier Ueberlegungen sind es, die gegen das mit 126'000 Unterschriften eingereichte Volksbegehren sprechen. Zunächst müssen sich die Initianten den Vorwurf gefallen lassen, dass der Titel der Vorlage zuviel verspricht. Was bringt die Initiative der Natur? Sie täuscht vor, den bäuerlichen Familienbetrieb zu schützen, indem sie den Agrarschutz von der betriebseigenen Futterbasis und von der Bewirtschaftung durch familieneigene Arbeitskräfte abhängig macht. Mit der anvisierten Beschränkung des Zukaufs von Futtermitteln entzieht sie aber vielen kleinen und mittleren Betrieben die Basis oder zwingt sie gar, noch mehr aus ihrem Boden herauszuholen. Im Ständerat war von 12'000 gefährdeten Existenzen die Rede. Grössere Betriebe aber bleiben ungeschoren. Mehr am Rand sei auch noch an die damit verbundene Diskriminierung der familienfremden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft hingewiesen. War das Absicht, oder haben sich die Initianten dies einfach zu spät überlegt?

Tierfabriken fehlen im Text...

Dann die vielgeschmähten Tierfabriken. Im Titel der Initiative scheinen sie werbewirksam auf. Der Text aber kennt sie nicht mehr und verliert kein Wort darüber, wie die sogenannten Tierfabriken bei einer allfälligen Annahme der Initiative aufzulösen wären. Den Betrieben soll zwar der bisherige Agrarschutz entzogen werden, die Frage, ob und wie sie weiterproduzieren dürften, bleibt hingegen offen. Aufgrund des Initiativtextes ist anzunehmen, dass sie ihre Produkte einfach billiger zu verkaufen hätten als die vom Gesetz geschützten Familienbetriebe.

Importregelung nur zugunsten von Denner

Ueber eine Neuordnung des Imports landwirtschaftlicher Produkte möchten die Initianten die Direktzahlungen an benachteiligte Bauern finanzieren und die Inlandprodukte verbilligen. Das brächte aber nur jenen

Betriebszweigen etwas, in denen viel importiert wird - etwa den Denner-Schlagerartikeln Wein und Geflügel. Wo, wie bei der Milch oder dem Fleisch, fast nichts importiert wird, könnten die Inlandpreise nicht über eine Mischrechnung verbilligt werden. Sie würden nach der Meinung der Fachleute bei einer Annahme der Initiative eher massiv verteuert. Vor allem im Export. Ein Viertel der in der Schweiz abgelieferten Milch wird heute noch als Emmentaler und Greyerzer im Ausland verkauft. Dieser Markt könnte zusammenbrechen. Und die Leidtragenden wären einmal mehr die Bauern im Graswirtschaftsgebiet. Damit richtet sich die Initiative, ohne dass die Initianten viel darüber nachgedacht haben, gegen die Pflege der Landschaft.

Eher Dennerimport- als Kleinbauerninitiative

Schliesslich würde die Initiative einen Widerspruch in der Bundesverfassung schaffen. Sie lässt den geltenden Artikel 32 stehen, in dem klar vorgeschrieben ist, dass alle Bestimmungen über die Landwirtschaft in Gesetzesform zu erlassen sind, damit sie allenfalls dem Volk vorgelegt werden können. Neu will die Initiative einen Artikel einfügen, der auf das Gegenteil davon hinausläuft. Ueber alle Massnahmen zum Schutz der Bauern sollen nur noch der Bundesrat und die Verwaltung zu entscheiden haben und nicht mehr Parlament und Volk. Nur dort, wo für die Firma Denner AG wichtige Importfragen auf dem Spiel stehen, dort soll auch das Volk in Zukunft das letzte Wort haben. Kein Wunder also, dass die Kleinbauerninitiative auch schon Dennerimport-Initiative genannt wurde.

Das sind vier Ueberlegungen, die die Versprechungen des Titels der Kleinbauerninitiative in Frage stellen. Für den Abstimmungskampf mag er taugen. Später aber gilt der Text und nicht der Titel. Und dieser hält nicht, was der Titel verspricht. Die Kleinbauerninitiative verdient deshalb in der Volksabstimmung eine breite Ablehnung.

Alois Senti

Rennt offene Türen ein

Kontraproduktive Kleinbauern-Initiative

Die Initiative "für ein naturnahes Bauern - gegen Tierfabriken (Kleinbauern-Initiative)" wurde Ende Februar 1985 eingereicht; sie vereinigte rund 126'000 Unterschriften auf sich. Lanciert wurde sie von der Vereinigung der kleinen und mittleren Bauern (VKMB). Namhafte Unterstützung, sowohl in materieller wie infrastruktureller Hinsicht, erhielten die Initianten bei der Lancierung ihrer Idee, bei der Unterschriftensammlung und nun auch mit ganzseitigen Inseraten in der Abstimmungskampagne durch den Grossverteiler Denner.

Die Initianten der Kleinbauern-Initiative stehen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik sehr kritisch gegenüber. Schon Anlass zur Gründung der VMKB war die Unzufriedenheit gegenüber der Landwirtschaftspolitik des Bundes wie aber auch gegenüber der Haltung des Schweizerischen Bauernverbandes. Die 1980 gegründete Vereinigung vertritt die Ansicht, dass sowohl in Bern wie in Brugg, dem Sitz des Schweizerischen Bauernverbandes, den Grossbetrieben zuviel Gewicht im Gegensatz zu den Klein- und Mittelbetrieben beigemessen wird.

Umstrittener Kleinbauern-Schutz

Mit der Kleinbauern-Initiative sollen die Schutz- und Förderungsmassnahmen der Agrarpolitik auf bäuerliche Betriebe beschränkt werden, und innerhalb der bäuerlichen Landwirtschaft sollen die kleineren und sonstwie benachteiligten Betriebe (also jene mit höheren Produktionskosten) besonders begünstigt werden. Zudem soll der Importschutz "wirksamer und wettbewerbsfreundlicher" gestaltet werden, wobei eine Uebernahmepflicht für Importeure eingeführt werden soll.

Der erste Teil des Volksbegehrens wird allerdings von Kennern der Landwirtschaft in Zweifel gezogen, da sich die Beschränkung des Schutzbereiches der Agrargesetzgebung auf streng definierte bäuerliche Betriebe kontraproduktiv auswirken könnte. Denn zahlreiche Betriebe, wozu vor allem auch kleinere gehören, würden vom Agrarschutz ausgeschlossen. Im zweiten Teil der Initiative sind vor allem Anliegen enthalten, die nach Ansicht der Gegner der Initiative eindeutig auf die Interessen der Grossverteiler zugeschnitten sind. So wird verständlich, warum die Firma Denner der Initiative derart viel Sukkurs gibt.

"Ueber das Ziel hinaus"

In der Botschaft an die eidgenössischen Räte führt der Bundesrat aus, welche Anliegen der Kleinbauern-Initiative bereits verwirklicht sind oder vor der Realisierung stehen. Das Volksbegehren rennt also zum Teil offene Türen ein. Die Landesregierung bemerkt ergänzend dazu, dass "die Initiative in einigen Punkten auch über das Ziel hinausschiesst". Ebenso erwähnt sie, dass deren Umsetzung in die Praxis auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stossen würde. Aus all diesen Gründen lehnt sie die Kleinbauer-Initiative ab. Diesem Antrag folgten mit deutlichem Mehr sowohl National- wie Ständerät. Der Urnengang über diese Vorlage wurde angesetzt auf das Wochenende des 4. Juni dieses Jahres.

Christian Beusch